

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Betreff

Soziokulturelles Urban Gardening ermöglichen – Verein "Chloroplast Weilimdorf e.V." unterstützen

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 610 Amt für Stadtplanung und Wohnen.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	25	0
Jahr 2	25	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmelde­liste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmelde­liste enthalten)	
THH	610 Amt für Stadtplanung und Wohnen
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

lfd. Nr. *)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) lfd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Der gemeinnützige Verein Chloroplast besteht seit 2015 auf dem Gelände der ehemaligen Gärtnerei Walz in Weilimdorf. Vom Voreigentümer, Herrn Walz, wurde dem Verein die Liegenschaft unentgeltlich zur Nutzung überlassen – mit der Auflage, das Gebäude vor dem Verfall zu bewahren, vor Vandalismus zu schützen und sinnvoll zu nutzen.

In den vergangenen zehn Jahren hat der Verein vielfältige Beiträge zu Umwelt- und Klimaschutz, Integration und soziokultureller Teilhabe geleistet und sich zu einem wichtigen Teil des Gemeinwesens in Weilimdorf entwickelt. Der Verein bietet wohnortnah Freiräume für Urban Gardening, Begegnung, Lebensmittelrettung, Tauschmärkte, Integrationsprojekte, handwerkliche Aktivitäten sowie Kunst- und Kulturveranstaltungen, Workshops und Bildungsangebote – etwa das AWO-Sommercamp. Interessierte können die vorhandenen Ressourcen mitnutzen, eigene Ideen einbringen oder sich an Aktivitäten beteiligen.

Zwischenzeitlich hat die Stadt das Gelände erworben und wird ab 2026 erstmals Mietzahlungen erheben. Damit stößt der Verein an seine finanziellen Grenzen. Aufgrund der künftig anfallenden Miet- und Verwaltungskosten sowie des hohen personellen Aufwands im Bereich Foodsharing und beim wöchentlichen Geflüchteten-Café werden ab 2026 zwei Minijobstellen erforderlich.

Wir beantragen daher in den Jahren 2026 und 2027 25.000 Euro als Zuschuss für den Verein.

Gez.

Gabriele Munk

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender